



## Presse-Statement

---

BDI-Pressekonferenz zum Jahresauftakt

16. Januar 2024, 10:00 Uhr

Haus der Deutschen Wirtschaft, Amerongen-Schleyer-Saal, Breite Straße 29,  
10178 Berlin

Siegfried Russwurm

BDI-Präsident

---

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Hausanschrift*

Breite Straße 29  
10178 Berlin

*Postanschrift*  
11053 Berlin

*Telekontakte*  
T: 030 2028-1450  
F: 030 2028-2450

*Internet*  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

*E-Mail*  
Bdi-presseteam@bdi.eu

Ich hoffe, Sie sind alle gut in das neue Jahr gekommen. Jetzt geht es in seine dritte Woche, und der Bundestag in seine erste Sitzungswoche 2024. Spätestens damit hat uns auch hier in Berlin der Alltag wieder.

Vielleicht erinnern Sie sich: Als wir vor einem Jahr unsere Erwartungen an das Jahr 2023 mit Ihnen geteilt hatten, waren wir schon nicht sehr zuversichtlich. Krieg, Energiekrise, Konjunkturtief.

Heute müssen wir feststellen: Seither hat sich kaum etwas verbessert, vieles stellt sich noch schwieriger dar.

Im internationalen Kontext: keine Hoffnung auf ein baldiges Ende des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, seit dem 7. Oktober der Angriff der Hamas auf Israel und damit de facto Krieg im Nahen Osten – und eine ganze Reihe weiterer Unruheherde in der Welt, die jederzeit eskalieren können.

Aber auch im eigenen Land sind die Herausforderungen per saldo nicht geringer geworden, sondern weiter gewachsen. Die Faktenlage ist eindeutig: Konjunkturrell herrscht Stillstand in Deutschland, und im Vergleich zu den meisten anderen großen Industrieländern sind wir beim wirtschaftlichen Wachstum weiter zurückgefallen. Eine Chance auf einen raschen Befreiungsschlag in 2024 sehen wir nicht.

Die Klage als das Lied des Kaufmanns? Nein, das ist nicht die Haltung von Unternehmerinnen und Unternehmern. Aber nüchtern festgestellt müssen wir sagen: Freuen kann man sich zwar über viele Erfolge deutscher Unternehmen im Ausland. Aber die Situation am Standort Deutschland hat sich weiter eingetrübt. Die Schere zwischen dem Erfolg der deutschen Industrie in der Welt und der Situation der Industrie in Deutschland öffnet sich also erneut weiter.

Zu unserem Ausblick auf das neue Jahr:

Für 2024 rechnen wir mit einem marginalen Anstieg der Wirtschaftsleistung in Deutschland, einem Plus von 0,3 Prozent bei gleichzeitigem Wachstum der

Weltwirtschaft mit 2,9 Prozent. **Europa insgesamt liegt mit 0,7 Prozent deutlich vor Deutschland**, aber weit hinter den USA mit 1,5 Prozent. Chinas Wachstum dürfte mit gut viereinhalb Prozent auch eine für das Land neue Normalität darstellen – weit weniger dynamisch als in der Vergangenheit, aber doch im Weltmaßstab überdurchschnittlich.

In unserer Analyse wird das minimale Wachstum in Deutschland getragen vom privaten Konsum, der Impulse vom Rückgang der Inflation und von der Stärkung der Kaufkraft, vor allem durch die Lohnsteigerungen in vielen Branchen und die Erhöhung von Sozialtransfers erhalten wird.

Eine echte Erholung der deutschen Industrie nach den krisenbedingten Rückschlägen der vergangenen Jahre dürfte dagegen auch weiterhin ausbleiben. Die Produktion hat bisher nicht einmal das Vor-Corona-Niveau des letzten Quartals 2019 wieder erreicht. Voraussichtlich gibt es in 2024 erst einmal eine Seitwärtsbewegung. Insbesondere die energieintensiven Branchen bleiben weit entfernt von ihrer früheren Stärke.

Ein konjunktureller Lichtblick im Jahresverlauf könnte die Zinspolitik der Zentralbanken werden. Der Rückgang der Inflationsraten kommt gut voran. Damit steigt die Aussicht auf allmähliche Zinssenkungen, wahrscheinlich angeführt von der amerikanischen Zentralbank. Spürbare Effekte in der Realwirtschaft dürfte dies aber definitiv erst ab dem Frühjahr 2025 auslösen.

Aber solche – im weitesten Sinne technischen – Effekte sind sicher nicht ausreichend.

Lassen Sie mich deshalb auf die Handlungsnotwendigkeiten und zu unserem Blick auf die Politik kommen.

Vermutlich kommt niemand im Rückblick auf das vergangene Jahr zu der Bewertung, dass es unterm Strich ein gutes Jahr für Deutschland war. Es waren auch nicht erst die Turbulenzen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die das Jahr so unerfreulich gemacht haben.

Sondern es bleibt der Eindruck, dass die Politik sich in eine Komplexitätsfalle manövriert hat und beim Ringen um Auswege die Komplexität immer noch

weiter erhöht, ohne dabei überzeugende Fortschritte zu machen. Das kostet Vertrauen und führt zu Verunsicherung – bei den Unternehmen genauso wie bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Beides ist zutiefst beunruhigend: wirtschaftlich, weil es jede verlässliche Kalkulationsbasis für Investitionen verhindert, und politisch, weil es aus Ärger oder echter Verzweiflung über das politische Geschehen viele Menschen auf Abwege führt.

Deswegen geht mein dringender Appell an alle demokratischen Parteien egal ob in Regierungs- oder Oppositionsrolle und wo immer sie im Bund, in den Ländern und in den Kommunen Verantwortung tragen, endlich gemeinsam zu den Entscheidungen zu kommen, die unser Land dringend braucht.

Die gemeinsamen Beschlüsse zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren waren ein Lichtblick und helfen definitiv. Aber einmaliges Aufraffen genügt bei weitem nicht. Wie gelingt uns ein echter Bürokratieabbau?

Was ist mit dem Wachstumschancengesetz?

Wie geht es in der Steuer- und Haushaltspolitik über die ad-hoc Entscheidungen der letzten Wochen hinaus weiter?

Und wie kommen wir endlich bei strukturellen Kernthemen voran? Sie erinnern sich vielleicht an meine „4 Ds“: Dekarbonisierung, Digitalisierung, Demographie und Diversifizierung. Auf zwei gehe ich gleich etwas näher ein.

Lassen Sie mich aber auch noch ein fünftes „D“ nennen: Das heißt „Demokratie“. Und die gerät zunehmend in Gefahr, wenn bei Sachproblemen unendlich lang und fast schon dogmatisch gestritten wird, statt gemeinsam im Diskurs der Sachargumente zu Lösungen zu kommen.

Zum ersten „D“ – Dekarbonisierung – beschränke ich mich auf eines der vielen Unterthemen: die Kraftwerksstrategie. Sie ist ein zentrales Element für die Dekarbonisierung. Die Bundesregierung hatte hier für 2023 entscheidende Durchbrüche in Aussicht gestellt. Geklärt sind bis dato die notwendigen Fragen allesamt weiterhin nicht.

Es ist unbestritten, dass selbst bei noch so erfolgreichem Ausbau von erneuerbaren Energien back-up-Kapazitäten für Zeiten zwingend erforderlich sind, in denen die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Dafür kommen nur wetterunabhängige Kraftwerkskapazitäten in Deutschland oder Stromimporte aus dem Ausland in Frage - de facto basieren alle Planungen auf einer Kombination beider Komponenten.

Illusionen sollte sich niemand machen: Stromimporte aus dem Ausland bedeuten im Klartext zum größten Teil: Strom aus Kohle- und Kernkraftwerken in unseren Nachbarländern, also auf Basis der Energieträger, die wir im eigenen Land aussortieren.

Aber solange der Neubau in Aussicht genommener back-up-Kraftwerke auf Wasserstoffbasis nicht in Gang kommt, weil Geschäftsmodelle und Finanzierung ungeklärt sind und begrenzte Kapazitäten einen hinreichend raschen Zubau ausschließen, wird auch in Deutschland die Lösung der Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken sein. Eine andere wird es schlicht nicht geben, und die Bundesnetzagentur wird zwingend darauf bestehen müssen, weil sie aus Gründen der Versorgungssicherheit und -stabilität gar nicht anders kann.

Es wäre skurril und blamabel, wenn Deutschland als Land mit einer der ambitioniertesten Strategien zur Dekarbonisierung am Ende vom Weiterbetrieb seiner Kohlekraftwerke abhängt, weil Alternativen dazu fehlen. Aber genau dieses Szenario rückt von Tag zu Tag näher.

Die Konsequenz ist dann, dass wir Elektroautos weiterhin mit einem Strommix laden, der zu einem erheblichen Teil aus Kohlestrom besteht; dass wir jede Industrieanlage, die wir für teures Geld und eventuell auch mit hohen Hilfen des Staates von einem fossilen auf einen elektrischen Betrieb umstellen, weiter anteilig mit Kohlestrom betreiben.

Und mein zweites „D“ – regionale Diversifizierung des globalen Handels: Richtigerweise ist als Konsequenz der geopolitischen Spannungen und wachsenden Systemrivalität Resilienz zu einem Fokusthema geworden – Diversifizierung von Beschaffungs- und Absatzmärkten, Reduzierung von Abhängigkeiten.

Dafür braucht es aber funktionierende Handelsbeziehungen. Nur dann können Alternativen auch tatsächlich erschlossen und entwickelt werden. Auch auf diesem Feld haben wir erneut ein Jahr verloren.

Versprochen war das Handelsabkommen mit Mercosur bis in den Dezember hinein, dem Besuch des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva. Das Jahr 2023 ist vergangen, von Fortschritt ist nichts mehr zu hören. Versprochen war ein Handelsabkommen mit Australien. Auch da Fehlanzeige – gescheitert aus höchst zweifelhaften Gründen. Und von weiteren Abkommen, etwa mit asiatischen Partnern außerhalb Chinas rede ich noch gar nicht.

Wir treten auf der Stelle – wir in Deutschland und wir in Europa. Im Übrigen soll sich niemand in Berlin hinter der Zuständigkeit der EU für die Handelspolitik verstecken: Wer soll denn in Brüssel auf eine offenere Handelspolitik in Europa drängen, wenn nicht der größte Exporteur und gleichzeitig die stärkste Volkswirtschaft der Union?

Es ist richtig, dass wir die Halbleiterindustrie in Deutschland – wenn auch mit sehr hohen Subventionen – ausbauen, um ein Stück resilienter zu werden. Aber solche Strategien können nur eine Teilantwort im Umgang mit geopolitischen Unwägbarkeiten sein.

Sie sind definitiv kein Ersatz, sondern allenfalls eine Ergänzung für mehr Vielfalt und mehr Zugänge zum internationalen Handel – auf der Beschaffungs- und auf der Absatzseite.

Dieses Jahr ist ein großes Wahljahr – Europawahl, Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen und dann Präsidentschaftswahl in den USA.

Natürlich haben diese Wahlen nicht alle denselben Einfluss auf die Entwicklung der Welt. Für Deutschland hat aber aus unterschiedlichen Gründen jede für sich extrem hohe Bedeutung. Für die deutsche Wirtschaft auch. Deshalb sind sie uns nicht gleichgültig.

Auf die Präsidentschaftswahl in den USA haben wir in Europa keinen Einfluss, wir müssen uns aber mit jedem Szenario befassen. Und das heißt: Sorgen machen, reicht nicht. Europa muss sich auf eine Welt vorbereiten, in der wir Europäer mehr auf uns selbst gestellt sind und weniger als in den vergangenen 75 Jahren auf die transatlantische Sicherheitspartnerschaft zählen können.

Und damit sind wir sehr schnell bei der Wahl, von der für Wirtschaft und Politik in unserem Land besonders viel abhängt, ohne dass das im allgemeinen Bewusstsein überall so gesehen wird: der Wahl zum Europäischen Parlament.

Was wir derzeit in Brüssel erleben, ist – vorsichtig ausgedrückt - irritierend. Eine verkündete Einigung über den AI-Act – also einen Rechtsrahmen für künstliche Intelligenz – zu dem aber bis heute nichts Schriftliches vorliegt. Oder der angebliche Kompromiss zum europäischen Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz, CS-triple D im Brüsseler Jargon, der ebenfalls bis heute nicht schriftlich veröffentlicht ist. Alles, was wir bisher wissen, sagt uns: Hier liegen komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen zugrunde, die den Unternehmen uneinlösbare Pflichten aufbürden würden. Wieso sollten Unternehmen etwas schaffen, an dem Regierungen scheitern? Dieses Gesetz würde sein Ziel grandios verfehlen, aber schweren Schaden anrichten.

Deshalb drängen wir die Bundesregierung dazu, die starke Stimme der Vernunft in die Verhandlungen einzubringen, - und gleichzeitig, keine falschen Kompromisse einzugehen, sondern notfalls auch NEIN zu sagen.

Wir treten leidenschaftlich ein für die weitere Vertiefung der Europäischen Integration. Für den Ausbau des Binnenmarktes. Für eine europäische Sicherheitspolitik, die der Kontinent dringend braucht und die die globale Zeitenwende aufnimmt. Wir sagen voll überzeugt: „Mehr Europa, aber richtig“.

Dafür machen wir uns ausdrücklich stark – auch und gerade in diesem Wahljahr zum Europäischen Parlament.

Seite  
8 von 9

Bei den anstehenden Landtagswahlen droht eine weitere Radikalisierung der Parteienlandschaft verbunden mit noch mehr Polarisierung und Konfrontation. Die Demokratie käme noch stärker unter Druck, und Regieren auf der Basis eines demokratischen Grundkonsenses würde dann dort noch herausfordernder. Als Industrie appellieren wir deshalb an Besonnenheit und Vernunft. Wir wollen und wir brauchen eine offene Gesellschaft und die Bereitschaft und Fähigkeit zum politischen Diskurs und zum demokratischen Kompromiss, der über Legislaturperioden hinaus wirkt – nur so gibt es eine Chance auf gesellschaftlichen Frieden, der nicht zuletzt jahrzehntelang ein Erfolgsfaktor Deutschlands im globalen Wettbewerb war.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Dieses Jahr 2024 wird kein leichtes. Konjunkturell kommen wir nur mühsam voran, und nur, wenn der private Konsum tatsächlich anzieht. Die Industrie, ganz besonders die energieintensive, hat schwer zu kämpfen.

Wir brauchen mehr Handeln für den Standort Deutschland, aber nicht Aktivismus ohne Kompass, sondern Systematik und Verlässlichkeit in die richtige Richtung.

Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen und endlich substanziell weniger Komplexität und damit auch substanziell weniger Bürokratie. Durchbrüche in der Energiepolitik, insbesondere in der Kraftwerksstrategie sind überfällig.

Wir brauchen mehr Europa, aber richtig: einen Binnenmarkt, der wegen seiner Größenvorteile auch das Skalieren zukunftsweisender industrieller Wertschöpfung erlaubt, nicht nur in der Digitalisierung, sondern ganz generell.

Zudem müssen wir wohl noch viel Überzeugungsarbeit leisten, wie industrielle Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz auch in der europäischen Politik im nächsten europäischen Politikzyklus viel stärker zusammengeführt werden können. Das erfordert eine gewaltige gemeinsame Kraftanstrengung in der

Politik. Und ein Europa, das sich den veränderten geopolitischen Gegebenheiten realistisch stellt.

Seite  
9 von 9

In diesem Jahr wird der **BDI 75 Jahre** alt. Für uns ist das nicht in erster Linie Anlass zum Feiern, sondern zu Rückbesinnung und Standortbestimmung. Und einige Monate vorher begehen wir den 75. Jahrestag des Grundgesetzes.

Soziale Marktwirtschaft und freiheitliche Demokratie, die Grundlagen unseres Erfolgs in den vergangenen Jahrzehnten, sind heute in keinem guten Zustand: Überforderung des Staates, Verlust an Funktionalität und Akzeptanz, Erschütterung von Vertrauen in Politik und Institutionen. Das müssen wir uns eingestehen, und es darf uns nicht gleichgültig lassen. Es muss gelingen, das wieder zu ändern.

Dafür brauchen wir die Gemeinsamkeit der Demokraten in unserem Land, nicht nur um fundamentalen Handlungs- und Modernisierungsbedarf endlich entschlossen anzugehen, sondern auch um Demokratie und Freiheit zu schützen.